

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 26 (1947)
Heft: 1

Artikel: Die Türkei zwischen Osten und Westen
Autor: Kimche, Jon
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-335674>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 26.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Inhalt jener Initiative selbst in die Tat umzusetzen. Sie haben unser seinerzeitiges Begehren nach umfassender Arbeitsbeschaffung als ökonomisch und finanziell untragbar und unwirklich hingestellt, um später ein millionenschwereres Programm aufzustellen. Es ist sicher nicht unbescheiden, zu glauben, daß sich derselbe Vorgang auch mit der vorliegenden Initiative wiederholt. Die Frage ist nur die, ob der Lauf der Entwicklung uns die Muße zu diesem Spiel läßt.

Darüber wird die nächste Zukunft entscheiden.

JON KIMCHE

Die Türkei zwischen Osten und Westen

Das Auswärtige Amt in London und die britische Botschaft in Ankara sind nicht einig über die Einstellung Großbritanniens zur Türkei. Sollte die Türkei unter die Balkanvölker oder aber unter die Staaten des Mittleren Ostens eingereiht werden? Man hat sich für den Balkan entschieden, was grundfalsch ist, wie man sich an Ort und Stelle überzeugen kann. Die Türkei hat mit dem Balkan wenig gemein, und noch weniger mit den Araberstaaten des Mittleren Ostens. Die Türkei ist einfach die Türkei.

Weder geographische noch politische Begriffe reichen aus, um ihre Lage in der Welt von heute klarzumachen, oder um die Bedeutung ihrer Stellung richtig einzuschätzen. Die Türkei ist heute das einzige Land, wo das Gewicht der internationalen Machtverhältnisse der Nachkriegszeit noch in der einen oder der andern Richtung den Ausschlag geben kann. Überall sonst in der Welt ist nach der ängstlichen Ungewißheit des ersten Nachkriegsjahres, trotz steten Alarmnachrichten, eine gewisse Stabilisierung eingetreten: Deutschland ist aufgeteilt, der Balkan und Polen haben sich den Russen, Italien und Griechenland der westlichen Sphäre angeschlossen.

Mit dieser Aufteilung müssen sich die Mächte notgedrungen abfinden; vorläufig sind sie nicht in der Lage, etwas daran zu ändern. Die Türkei hat sich, als einziger von den unabhängigen Staaten an der Peripherie Rußlands, weder vom einen noch vom andern Block absorbieren lassen. Sie hat sich erstaunlich frei erhalten vom russischen Einfluß — wenn auch, zugestandenmaßen, ihre Regierung im Laufe der Zeit immer eindeutiger auf die moralische und materielle Unterstützung Großbritanniens und Amerikas

abstellte. Die türkische Regierung macht übrigens kein Hehl aus der Notwendigkeit verstärkter Hilfe, besonders wirtschaftlicher Art, wenn die türkische Unabhängigkeit gerettet werden soll. Und falls Großbritannien seine Kontrolle über den Mittleren Osten aufrecht zu erhalten gedenkt, so muß ihm eine unabhängige Türkei wichtiger sein als englische Truppen am Suezkanal.

Allerdings birgt solche moralische und materielle Unterstützung gewisse Risiken; die Briten blasen sich noch heute die Finger, die sie sich in Teheran verbrannten. Es soll hier ein für allemal festgestellt werden, daß man die Türkei niemals mit Persien auf die gleiche Stufe stellen darf. Um sich den Unterschied zu vergegenwärtigen, vergleiche man nur das ruhige Selbstvertrauen der Türkei anlässlich der Spannung im August 1946, mit der panikartigen Hilflosigkeit Teherans im vorigen Winter, oder die eiserne Hand der Regierung von Ankara mit den Behörden Persiens, deren Autorität kaum in den eigenen Provinzen anerkannt wird. Der Unterschied springt in die Augen. Doch hat auch die Türkei ihre Probleme, und es ist nur von gutem, nicht zuletzt für dieses Land selbst, daß sie allgemein bekannt werden.

Der Unterschied zwischen der Türkei und dem arabischen Mittleren Osten drängt sich auf, sobald man die türkische Grenze von Syrien her überschreitet. Alles, was in der Türkei unternommen wird, geschieht mit einer an russische Verhältnisse erinnernden Intensität, und steht in seltsamem Gegensatz zum gemütlichen Schlendrian der Araber. Doch besteht immerhin auch in der Türkei noch der Gegensatz zwischen den Lehensgebieten, die in den letzten 20 Jahren so überraschend revolutioniert worden sind — westeuropäische Kleidung, Verweltlichung des täglichen Lebens, moderne Fabriken und Wohnsiedelungen, parlamentarische Demokratie nach europäischem Muster — und den Überlieferungen und Nachwehen der Vergangenheit, die nicht einfach durch gesetzliche Maßnahmen zum Verschwinden gebracht werden können. Trotz modernen Fabriken und der erstaunlichen Leistungsfähigkeit der Ankara-Regierung, trotz unleugbaren und überall festzustellenden Fortschritten ist die Türkei noch immer wesentlich ein Agrarstaat, wo vier Fünftel aller Erwachsenen den Boden bebauen, und wo drei Viertel der Bauern weder lesen noch schreiben können. Das Analphabetentum erreicht noch immer fast 80 Prozent, und diese Tatsache, könnte man sagen, schreibt dem Lande das Tempo der Demokratisierung vor.

Es ist nur natürlich, daß das Land unter diesen Umständen auch die Regierungsform beibehalten hat, die Atatürk (Kemal Pascha) für die Revolution schuf, das heißt die starke gouvernementale Volkspartei mit ihrem System der Ämterverleihung an Parteigrößen, eine engmaschige und abso-

lut zuverlässige Polizeiorganisation zum Schutz der öffentlichen Sicherheit, aber auch zur Überwachung jeder politischen Tätigkeit.

Ein weiterer, und vielleicht der wichtigste Umstand, der die Realisierung der Pläne Atatürks hintanhaltete, war der Krieg, und die daraus sich ergebende Entfremdung von Rußland. Volle sechs Jahre hatte die Türkei eine Armee von einer Million Mann im Felde, und noch heute hält sie drei Viertel davon unter den Fahnen. Die junge Generation von Türken hat vier Jahre Dienst hinter sich und drei Jahre stehen ihnen noch bevor. Dies wirkt sich in doppeltem Sinn gegen die Regierung aus. Einmal muß sie mehr als die Hälfte der staatlichen Ausgaben auf die Armee verwenden. Wichtige Reformen, eine umfassende Planung für die Modernisierung der schlechten Straßen und Bahnverhältnisse, für den Ausbau der Elektrizitätswirtschaft und des Schulwesens, die dringend nötig wären, mußten verschoben werden, müssen auch heute zurückgestellt werden. Zur gleichen Zeit wächst die Steuerlast für arm und reich. Es wird immer schwieriger, die nationalen Ausgaben aus den Einkünften zu decken.

Die Türkei war mit dem gesamten Apparat der kemalistischen Revolution belastet — Polizei, staatliche Kontrolle über Wirtschaft und Politik —, verfügte aber nicht über die Mittel, das revolutionäre Programm weiterzuführen. Es konnte nicht ausbleiben, daß die Regierung konservativer, bürokratischer wurde, so daß die Unzufriedenheit seit einem Jahr stark zugenommen hat. Dieser Situation gegenüber entschlossen sich der Präsident, Ismet Inönü, und seine Regierung zu einem Schritt, der für die Zukunft der Türkei von guter Vorbedeutung sein dürfte. Statt die Diktatur zu verschärfen und alle Anzeichen der Unzufriedenheit zu unterdrücken, ging die Regierung dazu über, die Diktatur zu beseitigen und der Kritik zu ermöglichen, sich auf demokratischem Wege Gehör zu verschaffen. Der Abbau der Diktatur wurde wohlweislich unter strengster Überwachung durchgeführt, es sollte nicht überstürzt werden, was man wünschte, war eine legale Opposition, nicht eine Gegenregierung; die Demokratisierung sollte überdies keine Geltung haben für umstrittene Grenzgebiete, wie auch für gewisse Landesgegenden, wo schon dem Regime Atatürks bewaffneter Widerstand entgegengesetzt worden war.

Aber innerhalb dieser Grenzen war die Opposition, die man duldete, durchaus echt, es war nicht eine von der Regierung aufgezogene Spitzelorganisation. Das autoritäre Regime hatte der Opposition nur die Möglichkeit zu bieten, sich zu sammeln. Der Rest ergab sich von selbst. Die Regierung brauchte nachher nur dafür zu sorgen, daß die Kritik nicht zu weit ging. Die demokratische Oppositionspartei war kräftig, weil ihre Führer

nicht im Verdacht standen, im Solde Rußlands zu sein, wie in Persien; sie waren bedeutende, frühere Mitarbeiter Kemal Paschas, die sich erst nach seinem Tode vom Regime abgewendet hatten.

Gelal Bayar, der Gründer und Führer der Demokratenpartei, war unter Atatürk Ministerpräsident und Außenminister gewesen; Marschall Tshakmak, der Präsident der Opposition, ist ein Held des Unabhängigkeitskrieges und die populärste militärische Figur des Landes. Neben ihnen stehen noch drei oder vier Leute ähnlichen Formats, aber damit ist die Liste der hervorragenden Persönlichkeiten erschöpft, und der Mangel an bedeutenden Köpfen gehört zu den Schwächen der Opposition. Immerhin spielte dies keine große Rolle in den Wahlen, denn es ging weder um Persönlichkeiten, noch um Grundsätze, es handelt sich einfach darum, die Unzufriedenheit mit der Regierung zum Ausdruck zu bringen.

Die Wahlen waren eine Überraschung, obwohl das zählbare Ergebnis den Umfang der Schwenkung nicht voll zum Ausdruck brachte. Die Opposition siegte durchgehend in den Handelszentren, Istanbul, Izmir, Adana und in Ankara. In Istanbul eroberte sie alle Sitze in den städtischen Wahlkreisen; in Ankara gewann der letzte Mann der demokratischen Parteiliste 20 000 Stimmen mehr als Ismet Inönü, der Präsident der Republik. Aber das Wahlgesetz ist so beschaffen, daß es einen Ausgleich schafft zwischen ländlichen und Stadtbezirken. Die totale Stimmenstärke der Handelsstädte wurde demnach korrigiert durch die Regierungsstimmen der angrenzenden Landschaft, so daß sich bei der Auszählung auf eine Gesamtzahl von etwa 470 Sitzen der Nationalversammlung 55 Abgeordnete für die demokratische Opposition ergaben.

Die Demokraten fochten das Resultat an und behaupteten, die Regierung hätte die Wahlen teilweise gefälscht, aber nach einer scharfen Diskussion der Angelegenheit trug die Regierung den Sieg davon, und die Opposition anerkannte den Entscheid. Daß die Opposition sich damit abfand, wurde als Beweis dafür angesehen, daß sie sich in grundlegenden Fragen nicht in Gegensatz zur Regierung zu stellen beabsichtigte. Sie hatte für die Wahlen die Unzufriedenen aus allen Lagern gegen die Regierung zusammengefaßt, konnte aber deren Ziele nicht auf einen Nenner bringen. Sie vereinigte die religiösen Fanatiker, die noch immer den Säkularismus der Regierung bekämpften, weiter die begüterten Kaufleute, denen die vielen Handelsschranken und die behördliche Kontrolle zuwider waren, dann die sehr schlecht bezahlten kleinen Beamten, die Sozialisten, Kommunisten und alle jene verzweifelt schlecht gestellten Arbeiter in kleinen Werkstätten, die nicht in den Genuß der staatlichen Wohlfahrtsmaßnahmen kommen.

Die Linke innerhalb der Demokratenpartei drängte auf eine sofortige Kraftprobe. Sie wollte vor der Nationalversammlung erscheinen, die Regierung als illegal erklären, und jedes weitere Vorgehen der Regierung wie der Nationalversammlung boykottieren. Sie wurde daran gehindert vom liberalen Sektor der Opposition, der sich hauptsächlich aus den Handelskreisen rekrutiert und wohl gewillt ist, in Einzelfragen der Regierung entgegenzutreten, keineswegs aber gegen die Grundlagen des Staates anzurennen.

Die Gemäßigten trugen den Sieg davon. Die Wahlen wurden validiert und die Regierung ging sehr gestärkt aus der Kontroverse hervor. Damit wurde allerdings auch das Schicksal der Demokratenpartei besiegelt. Von den schärferen Gegnern der Regierung wird sie heute nur noch als eine Art Verlegenheitsvehikel gewertet, das bei der nächsten Belastungsprobe in seine Teile zerfallen dürfte: die liberalen Kapitalisten, die Sozialisten und die religiösen Fanatiker der äußersten Rechten.

In Besprechungen mit ausländischen Besuchern erklären die Türken immerhin sehr selbstsicher, bei den kommenden Verhandlungen um die Zukunft der Meerengen drohe dem nationalen Status keine Gefahr von innen. Sie weisen jeden Vergleich der jetzigen Lage der Türkei mit den Zuständen in Persien, wie sie vor einem Jahre bestanden, mit Hohn von sich.

Die Meinung vollends, daß die Russen durch Ermutigung einer türkischen Minorität oder durch Unterstützung einer durch weitverbreitete Unzufriedenheit begünstigten, linken Opposition einen Druck auf die Regierung ausüben könnten, wird nicht nur von der regierenden Republikanischen Partei, sondern auch von allen Oppositionsparteien verworfen. Es gibt heute innerhalb der Türkei weder eine Partei noch eine Bewegung, die aus irgendwelchen Beweggründen die gesamten russischen Forderungen in der Meerengenfrage unterstützen würde. In diesem Punkt besteht noch machtvolle nationale Solidarität, wenn sich auch der Eindruck aufdrängt, daß diese Solidarität vor einem Jahre noch entschiedener war. Zwölf Monate dauernde Spannung haben ihre Spuren hinterlassen.

Nach dem persischen Präzedenzfall sehen politische Beobachter in der Türkei drei Wege, auf denen die Ankara-Regierung allenfalls dazu gedrängt werden könnte, sich zu bessern und ihre Politik zu ändern; einmal über die Minderheiten — Kurden und Armenier —, weiter über die Grenzfrage, die die Russen in ihrer ersten Note vor Jahresfrist aufwarfen, als sie die Sanjaks von Kars und Ardahan forderten, und drittens sind es die innerpolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen, deren Wortführer, die Oppositionsparteien, möglicherweise eine Handhabe bieten könnten.

Nun scheint es tatsächlich, als sei die neuliche russische Note über die

Meerengen eher an die Opposition, die Demokraten, gerichtet, denn an die Regierung. Der ganze Ton der russischen Note, mit ihren in die Details gehenden Argumenten und Angaben, scheint so etwas wie eine Plattform auch für einen Angriff auf die Außenpolitik Ankaras liefern zu wollen. Ob es zu einem solchen Angriff kommt, ist allerdings fraglich, machten doch die demokratischen Parteiführer die Unterstützung ihrer Parolen durch den Moskauer Radio für starke Stimmenverluste bei den Wahlen verantwortlich. Russische Unterstützung genügt bei den Türken noch immer, um einer Partei zu schaden.

Die Opposition dürfte sich darum in der Hauptsache auf die Innenpolitik der Regierung konzentrieren. Die Opposition bekämpfte die kürzliche, starke Abwertung der türkischen Lira. Sie hat im Lande bereits ein scharfes Anziehen der Preise zur Folge gehabt, wobei der notwendige Teuerungsausgleich ausblieb — und ist daher äußerst unpopulär. Die Abwertung sollte die Exportfähigkeit der Türkei wieder herstellen und damit der Wirtschaft des Landes wieder auf die Beine helfen. Doch werden leider die Vorteile einer solchen Abwertung erst nach längerer Zeit bemerkbar, während man ihre Übel sofort zu spüren bekommt, indem alle importierten Waren prompt aus den Läden verschwinden, bis die erhöhten Preise anerkannt sind. Die Regierung verrechnete sich aber vor allem in einem andern Punkt. Sie hatte gehofft, mit der Abwertung zugleich das Zustandekommen einer großen amerikanischen Anleihe ankündigen zu können. In Besprechungen waren 300 bis 500 Millionen Dollar in Aussicht genommen worden, und diese Summe hätte tatsächlich den Schock der Abwertung stark gemildert. Aber leider war Washington nicht so willfährig, wie Ankara gehofft hatte. Die Antwort auf das Gesuch um eine baldige Anleihe war ein deutliches «Nein», mit der tröstlichen Versicherung, die Türkei werde sich ja bald dem Bretton-Woods-Abkommen anschließen und könne sich dann zumal vom Internationalen Währungsfonds und der Internationalen Wiederaufbaubank Anleihen gewähren lassen. Diese Verheißung künftiger Hilfe war ein schwacher Trost in einem Moment, da die türkische Regierung nicht nur sofortige praktische Hilfe, sondern, was noch dringlicher, einen Beweis benötigte, daß die von ihren westlichen Alliierten gewährte oder versprochene Unterstützung mehr als nur platonisch sei.

All dies war natürlich Wasser auf die Mühlen der Opposition. Ausgerechnet dieser Moment wurde nun von der Regierung für eine Maßnahme gewählt, die sich direkt zugunsten der scharfmacherischen Elemente der so heterogenen Demokratenpartei auszuwirken scheint und sie auf einer radikaleren Grundlage wieder zusammenschweißen könnte, als sie sie selbst

in den Wahlen besaß. Nach den Wahlen wurden die grundlegenden Differenzen zwischen den verschiedenen Gruppen der Opposition deutlich sichtbar. Die Linke verlangte totale Opposition, selbst den Boykott der Nationalversammlung als Antwort auf die der Regierung zugeschriebenen Wahlfälschungen.

Die Liberalen, noch immer das beherrschende Element der Opposition, gaben den Ausschlag gegen die Linke, so daß die Demokraten als loyale Oppositionspartei im Parlament blieben. Die Linke jedoch wurde immer unruhiger, und eine baldige Spaltung der Opposition in einen bürgerlichen und einen Block der Linken wurde offen vorausgesagt.

Indem sie vom Parlament ein neues, einschränkendes Pressegesetz annehmen ließ, hat es die Regierung fertig gebracht, die Oppositionsgruppen über einer Frage, in der keine Meinungsverschiedenheit bestand, wiederum zu einigen, und damit jene Gruppe zu stärken, die den Boykott der Regierung wie des Parlaments verlangt. Es ist dies im Moment ein Faktor von großer Bedeutung. Denn wenn auch der Patriotismus der Opposition nicht in Frage gestellt werden kann, so wird doch die bloße Tatsache, daß sie besteht, die Position der Regierung schwächen, und, je totaler die Opposition, ihre Wirkung in der Außenpolitik der Türkei um so stärker fühlbar werden lassen. Die Bedeutung dieses Argumentes wird noch dadurch betont, daß auch der ehrwürdige Marschall Tshakmak die Rückkehr zur Politik Atatürks, das heißt zu einer Politik der Freundschaft mit Rußland wie mit dem Westen, fordert. Und der Marschall, der Held des Unabhängigkeitskrieges, kann nicht wohl als Kreatur irgendeiner fremden Macht hingestellt werden.

Dies also ist die Stellung der Opposition. Sie nimmt an Bedeutung zu, sie ist echt und der Regierung Inonü bitter feindlich, sie wird von Männern geführt, die zu den engsten Mitarbeitern Atatürks gehörten, und hat alle Gegner des jetzigen Regimes zusammengefaßt, von den klerikalischen Reaktionen und den liberalen Kaufleuten bis zur sozialistischen und kommunistischen Linken. Doch falls sich die interne wirtschaftliche Situation nicht bald und sehr stark verschlechtert, hat die Regierung, dank ihrem gewaltigen Militär- und Polizeiapparat, die Lage noch durchaus in der Hand. Nun verschlingt allerdings dieser Apparat nicht weniger als 65 Prozent des Nationaleinkommens und, um diese Kontrolle aufrechtzuerhalten und die damit verbundene Last zu tragen, bedarf die Türkei finanzieller Hilfe von außen. Dies ist ihr *circulus vitiosus*. Man darf daher wohl sagen, daß die innerstaatlichen Verhältnisse der Türkei noch fest sind, — doch nicht mehr so fest wie vor einem Jahr. Sie sind auch nicht mehr auf so sicherer Grund-

lage, aber es wäre falsch, anzunehmen, die fortschreitende Demokratisierung des Landes habe eine Schwächung zur Folge gehabt. Sehr viel hängt davon ab, was jetzt als nächster Schritt folgt, ob die Regierung das demokratische Experiment fortsetzt oder zu einer Politik der Unterdrückung übergeht. Auf keinen Fall aber darf man das kräftige politische Leben in der Türkei in Parallele setzen mit den persischen Verhältnissen vor der Aserbeidschan-Krise. Noch weniger Ähnlichkeit besteht zwischen der Lage an der persischen Grenze und den Minderheiten an der russisch-türkischen Grenze.

Die Türken haben übrigens den eisernen Vorhang, der das einstige Kurdistan abschloß, gehoben. Reisende haben das ganze Gebiet besuchen können, ohne offizielle Begleiter, außer einem Soldaten als Führer. Sie melden, daß der rücksichtslose Krieg zwischen dem türkischen Staat und den Kurden mit dem vollständigen Triumph der Türken geendet hat. Zum Unterschied von den Iraquis jedoch haben sich die Türken nicht auf die Unterdrückung beschränkt, sondern einen weiteren Blick bewiesen. Es zeigt sich heute klar, daß die Türken weniger auf physische Unterdrückung als darauf ausgingen, das Wirtschaftssystem dieser nomadischen Stämme, das die kriegerischen Überfälle und ihre Unabhängigkeit ermöglichte, zu brechen. Heute verlassen junge Kurden ihre Berge und erweisen sich als ausgezeichnete Industriearbeiter in den Fabriken des anatolischen Industrieverecks — Malatya, Sivas, Kayser und Adana. Der Distrikt, den die türkischen Gebirgskurden noch bewohnen, entbehrt jeder geographischen Einheit, weist bei vorherrschender Weidewirtschaft nur primitiven Ackerbau und gar keine Industrie auf. Im Vergleich mit den türkischen Bergkurden sind die Albaner ein anderes Gebirgsvolk, viel weiter fortgeschritten. Als nationale Minderheit innerhalb der Türkei dürften die Bergkurden heute keine Macht sein, mit der man rechnen muß. Die Türken haben sich dazu sehr um sie bemüht, so daß zum Beispiel in den kurdischen Gebieten der Türkei viel mehr Ärzte und Tierärzte tätig sind als in Irak oder Syrien. Der Gesundheitszustand ist viel besser, Augenkrankheiten und Malaria — eine Landplage Irakisch-Kurdistans — können sich auf türkischem Boden dank ärztlicher Kontrolle nicht weiter ausbreiten.

Schließlich noch ein Wort über die Grenzfragen. Seit Beginn des 19. Jahrhunderts haben die türkisch-kaukasische Grenzgebiete fünf russisch-türkische Kriege erlebt. In zwei Fällen war Großbritannien direkt beteiligt (Krimkrieg und erster Weltkrieg), in zwei weiteren Kriegen (1806 bis 1812 und 1877 bis 1878) waren britische Interessen auf dem Spiel. In allen fünf Konflikten spielte die Meerengenfrage eine wichtige Rolle. In Rußlands tra-

ditioneller Außenpolitik andererseits sind die Meerengenfrage und die russische strategische Grenze im Mittleren Osten, was verständlich ist, kaum voneinander zu trennen.

Die Russen sowohl wie die Türken haben nationale Minderheiten seit dem 18. Jahrhundert wiederholt als politisches Instrument benützt. Nach dem Krimkrieg deportierten die Russen über eine Million Cirkassier aus den Grenzgebieten, weil sie ihnen nicht verlässlich schienen; ein halbes Jahrhundert später verfuhr die Türken in gleicher Art mit den Armeniern. Seit über hundert Jahren unterhalten die Russen in Zeiten eines Konfliktes mit der Türken gute Beziehungen mit den kurdischen Stammesführern, um auf diese Weise starke türkische Kräfte zu binden.

Die Armenier, weniger zahlreich als die Kurden, waren beweglicher. Als sich die Russen nach dem Krieg von 1828 zurückzogen, folgten ihrer Armee 100 000 Armenier aus Kars und Erzerum. Erst nach dem Konflikt der Jahre 1877—78 traten die Türken — an Stelle einer Kriegsentschädigung von einer Milliarde Rubel — die Sanjaks von Kars, Cildir und Batum an Rußland ab. Dies hatte eine bedeutende Abwanderung der Türken aus den den Russen überlassenen Grenzgebieten zur Folge. Nach russischen offiziellen Angaben waren es insgesamt 82 000, die Türken schätzen ihre Zahl auf mindestens 120 000.

Unter dem Vertrag von Brest-Litowsk kamen die Türken wieder in den Besitz dieser Sanjaks, stießen jedoch auf deutsche und britische Opposition, als sie versuchten, sich auch im Kaukasus wieder festzusetzen. Als die britischen Truppen aus Transkaukasien zurückgezogen wurden, verständigten sich die Türken unter Kemal Pascha mit den Russen über eine neue Grenze, obwohl über ihre damaligen politischen Beziehungen nichts Genaues bekannt ist. Offenbar erschien den Russen eine Rückerstattung der Provinzen von Kars und Ardahan kein zu hoher Preis für eine Verständigung mit der Türkei über den Mittleren Osten. Die Türkei erhob keinen Einspruch, als Rußland die Tartarenrepublik von Aserbeidschan liquidierte, und die Russen wirkten sogar mit, als die Türkei die Armenierrepublik von Erivan auflöste.

Das russisch-türkische Einvernehmen wurde hernach in den Verträgen von Moskau (März 1921) und Kars (Oktober 1921) in freundschaftlichem Geiste bestätigt. Die Türken behaupten darum, wie es scheint mit Recht, daß ihr Anspruch auf die Erhaltung der gegenwärtigen Grenzen sich nicht auf den Vertrag von Brest-Litowsk, sondern auf frei vereinbarte Abkommen mit der Sowjetunion gründet, auf Verträge also, die zu einer Zeit abgeschlossen wurden, als Rußland nicht mehr unter dem Druck der Interventions-

kriege handelte, da ja auch der russisch-polnische Konflikt damals bereits erledigt war. In diesem Punkt glauben also die Türken durchaus das Recht für sich zu haben. Wenn ihnen bei der ganzen Diskussion mit Rußland nicht so recht wohl zu Mute ist, so liegt es daran, daß sie im Laufe des letzten Krieges *deutschen Schiffen die Einfahrt ins Schwarze Meer gestatteten*. Es kommt so nicht von ungefähr, daß die Russen die Tatsache heute als stärkstes Argument benützen, wenn sie darauf hinweisen, daß die Türkei nicht imstande sei, aus eigener Kraft die Neutralität der Meerengen zu gewährleisten.

FRANCESCO ARCA

Agrarreformen in Rumänien

Das bei weitem wichtigste innenpolitische Problem des noch kein Jahrhundert alten rumänischen Staates, von der Erlangung der Unabhängigkeit im Jahre 1859 bis auf die jüngste Gegenwart, ist dasjenige der Struktur des landwirtschaftlichen Bodenbesitzes und der Lebensbedingungen der Bauernbevölkerung.

Die Dringlichkeit dieser Frage erscheint völlig gerechtfertigt, wenn man bedenkt, daß die rumänische Wirtschaft, trotz dem Reichtum des Landes an mineralischen Bodenschätzen, doch hauptsächlich einen landwirtschaftlichen Charakter hat. Es ist daher zu verstehen, wenn man sich die Tätigkeit der gesetzgebenden und ausführenden Landesbehörden von 1860 bis heute zu vergegenwärtigen versucht, daß man wiederholt auf Maßnahmen von größtem Umfang stößt, die im allgemeinen unter dem Ausdruck «Agrarreform» zusammengefaßt werden können. Solche Vorkehren, die von größter Bedeutung sind, wurden geplant und zum großen Teil verwirklicht in den Jahren 1864, 1907 und 1919 bis 1922; sodann ist seit dem März des Jahres 1945 eine neue Agrarreform in Durchführung begriffen.

Als Alexander Cuza 1859 den Thron der Vereinigten Fürstentümer Moldau und Walachei bestieg, übte die engere Klasse der 4500 Großgrundbesitzer, der sogenannten «Bojaren», die Herrschaftsrechte über 8 500 000 ha Bodenfläche aus; das heißt, daß 0,28 Prozent der gesamten, auf 4 Millionen Köpfe geschätzten Bevölkerung 68 Prozent der 12 400 000 ha umfassenden Bodenfläche des Landes zu Eigentum hatten. Ferner besaß die Kirche 2 500 000 ha, während den 200 000 Bauern, denen es bis dahin gelungen war, ihre Unabhängigkeit zu bewahren, nur ein Gebiet von 300 000 ha übrig blieb; der Rest der Bodenfläche entfiel auf die überbauten Wohnzentren. Die Besitzungen der «Bojaren» wurden von 3 Millionen Menschen bebaut, welche unter traurigen Bedingungen und ohne irgendwelchen eigenen Ertrag gezwungen waren, die ausschließlich den Herren gehörenden Felder zu bearbeiten; dabei erhielten sie unter mehr oder weniger drückenden Verträgen kleine Stückchen Land zur eigenen Bebauung. Gewalttaten und außerordentliche Abgaben aller Art waren außerdem